



Bericht über den **15. Deutsch-Französischen Dialog**

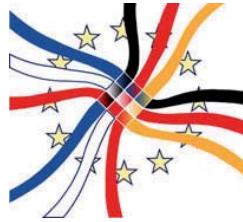
Europa weiter denken



„Ein föderales Europa? Solidarität - Subsidiarität - Demokratie“

16. und 17. Mai 2013
in der Europäischen Akademie Otzenhausen





„Europa weiter denken“ – Eine Debatte über Stand und Perspektiven eines historischen Projekts

Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten kämpfen auch im Jahr 2013 nach wie vor mit den Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und der Krise des Euroraums. Dabei steht die Frage im Raum, in welche Richtung sich der europäische Integrationsprozess entwickeln wird. Der von der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) und der ASKO EUROPA-STIFTUNG veranstaltete 15. Deutsch-Französische Dialog stand einmal mehr unter dem Motto „Europa weiter denken“. Um Europa und die europäische Integration weiter denken zu können, so die Überzeugung der Veranstalter, ist es zum einen unumgänglich, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Zustand der EU sowie über die deutsche und die französische Europapolitik zu informieren; zum anderen ist auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage notwendig, wohin wir mit dem europäischen Integrationsprojekt wollen und welche Herausforderungen mit der Weiterentwicklung dieses historischen Projekts verbunden sind. Die Veranstaltung wurde in diesem Jahr erstmalig vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung finanziell großzügig unterstützt.

Bei den Vorträgen und Diskussionen im Rahmen des 15. Deutsch-Französischen Dialogs ging es schwerpunktmäßig sowohl um die Frage nach den Möglichkeiten der Entstehung einer föderaler verfassten EU, als auch um die Frage nach Voraussetzungen, Chancen und Hindernissen einer stärkeren demokratischen Einbeziehung der europäischen Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene. Mit Blick auf eine institutionelle Weiterentwicklung der EU und auf die sozialen Folgen der Krise des Euroraums wurde zudem die Frage nach dem Leitbild eines solidarischen Europa behandelt. In diesem Kurzbericht sind der Verlauf und die Inhalte der Podiumsdiskussionen und der Arbeitsgruppen zusammengefasst. Ich wünsche Ihnen eine anregende und informative Lektüre.

Georg Walter

Projektleiter Deutsch-Französischer Dialog 2013



Ein föderales Europa? Solidarität – Subsidiarität – Demokratie

von Georg Walter

Zu Beginn der Veranstaltung betonten der saarländische Europaminister Stephan Toscani und der französische Generalkonsul im Saarland, Frédéric Joureau, einhellig die große Bedeutung sowohl der europäischen Integration als auch der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Die Segnungen der europäischen Einigung und der deutsch-französischen Aussöhnung und Kooperation seien gerade in den jeweiligen Grenzregionen besonders spürbar. Im Rahmen des Eröffnungspodiums griff Moderator Prof. Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, diese Punkte auf, betonte aber, dass sich das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn angesichts der Krisen innerhalb der EU und der Eurozone derzeit eher schwierig darstelle.

Umso wichtiger sei es, den Dialog auf allen Ebenen anzuregen und zu intensivieren. Die jüngsten Krisen haben, so die Einschätzung von Frank Baasner, sowohl negative als auch positive Auswirkungen: Zum einen könne in vielen Mitgliedstaaten eine Stärkung oder Neugeburt von euroskeptischen und anti-europäischen Kräften beobachtet werden; andererseits haben insbesondere die Krise des Euroraums und ihre Folgen für eine sehr viel stärkere Beschäftigung der europäischen Medien und Bürger mit den Ereignissen in den anderen EU-Staaten geführt.





In der Medienberichterstattung werde zunehmend eine gesamteuropäische Perspektive deutlich – die Frage nach mehr Solidarität und einem sozialen Europa sowie die Frage nach mehr demokratischer Mitbestimmung innerhalb der EU kämen immer stärker auf die Agenda. Diese Aspekte rückten auch die Leitfrage des Deutsch-Französischen Dialogs nach einem föderalen Europa zunehmend in den Vordergrund.

Die Frage nach einer föderal verfassten Europäischen Union als Zielvorstellung

Prof. Emanuel Richter (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, Aachen) näherte sich dieser Frage über einige demokratietheoretische Überlegungen. Er erinnerte an die historischen Referenzen der Idee eines föderal verfassten Europas: Die Amerikanische Revolution und die Französische Revolution im 18. Jahrhundert. Von den beiden verschiedenen Formen des Bundesstaats, die aus den Ideen der beiden Revolutionen hervorgingen, habe sich Europa im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts stärker an den amerikanischen Ideen orientiert. Mit Blick auf die gegenwärtige Lage in Europa würden zum einen europäische Einheitsvisionen erneuert, es gebe aber auch gegenläufige Tendenzen hin zu Forderungen einer stärkeren Dezentralisierung der EU. Unter dem Label „Europäischer Bundesstaat“ träfen heute traditionelle Ideen einer föderal verfassten EU auf neoliberale Ideen einer Stärkung des Binnenmarkts. Derzeit könne man die EU eher mit dem Modell eines „bundesstaatlichen Regulierungsstaats“ mit einer starken politi-





schen Rolle der großen Mitgliedstaaten assoziieren und nicht mit dem Modell eines „bundesstaatlichen Wohlfahrtsstaats“. Das derzeitige Modell erinnere mehr an das deutsche Modell des 19. Jahrhunderts (mit Preußen als Vormacht). Emanuel Richter verwies auf die starke Rolle der intergouvernementalen Ebene und demokratisch nicht legitimierter Akteure wie z. B. der Europäischen Zentralbank (EZB) oder des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Idee eines Europas der Bürger gehe mit diesem Modell verloren, da die angesprochenen zentral regulierenden Behörden von den Bürgern nicht begriffen würden.

Eine europäische Identität könne so nicht gestiftet werden. Im Hinblick auf eine nachhaltige Gemeinschaftsbildung, so die Forderung Richters, sollte nachvollziehbar werden, was die verschiedenen politischen Entscheidungsebenen mit Blick auf Europa leisten können. Nur so könne eine mehrschichtige Identität der Bürger entstehen, die dann auch die europäische Identität umfassen würde. Mit Blick auf ein demokratisches Europa mahnte Richter kritische öffentliche Diskussionen und Diskurse an. Der Diskussionsbedarf an der Basis sei extrem gewachsen – „das ist auch ein Gewinn und eine Chance“.

Das Phänomen des Krisenföderalismus und die Forderung nach einer stärkeren Einbeziehung der europäischen Bürgergesellschaften

Thierry Chopin (Fondation Robert Schuman, Paris) betonte seinerseits, dass es angesichts der schwierigen Situation in Europa nicht schwer sei, pessimistisch und skeptisch zu sein. Umso wichtiger sei die intensive





Beschäftigung mit den Möglichkeiten und Chancen des europäischen Projekts. Der Föderalismus stehe im Zuge der Eurokrise wieder auf der Tagesordnung. Nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 habe es zunächst eine Abwendung von dieser Idee gegeben; die Krise des Euroraums habe das freilich geändert. Die Mängel der Eurozone und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion seien deutlich geworden und es werde nunmehr nach politischen Antworten gesucht. Jene politischen Schritte, die in diesem Kontext zu einer verstärkten Integration geführt haben, bezeichnete Chopin als „Krisen-Föderalismus“. Alle eingeführten Regulierungsinstrumente und Koordinierungsmechanismen sowie die Stärkung der EZB wirkten im Sinne einer solchen Form des Föderalismus und vertieften die Integration auf eine spezifische Weise.

Es handle sich um einen aus politischem Druck und aus der Not heraus entstehenden Föderalismus – dieser Antriebsmechanismus könne die Bürgerinnen und Bürger aber auf Dauer nicht überzeugen und mitnehmen. Die Zunahme von populistischen und antieuropäischen Kräften in den europäischen Mitgliedstaaten werde daher zunehmen, solange die aktuellen Maßnahmen nicht mit einem großen identitären Projekt verknüpft würden, so die Warnung Chopins. Dabei müsse der Begriff Föderalismus vor allem in Frankreich, aber auch in Großbritannien und anderen EU-Staaten, entmystifiziert werden. An die Stelle einer vermeintlich ideologischen Sichtweise müsse eine pragmatische Sichtweise treten. Schließlich verfüge die EU bereits über föderale Elemente.





Forderung nach einer Vertiefung der europäischen Integration und nach einer baldigen Vertragsreform

Andreas Schwab (MdEP, EVP-Fraktion) mahnte mit Blick auf die politische Weiterentwicklung der EU seinerseits eine pragmatische Sichtweise an und verwies auf die jüngsten Erfolge der deutschen Europapolitik, die zu einer realistischen Krisenbearbeitung auf europäischer Ebene maßgeblich beigetragen habe. Diese Politik habe einige wichtige Erfolge erzielt, wie zuletzt im Zuge des Umgangs mit der Krise in Zypern. Er stimmte freilich der Einschätzung Thierry Chopins zu und betonte, dass diese Krisenbearbeitung stark intergouvernemental geprägt sei und als „Fédéralisme des faits“ bezeichnet werden könne. Trotz der bislang relativ erfolgreichen Krisenbearbeitung habe das Zutrauen in die EU in vielen Staaten gelitten. Eine Stärkung des Integrationsprojekts sei aber unerlässlich, um zu verhindern, dass Europa eines Tages kein vergessenes Kapitel in der Weltgeschichte werde.

Die Europäer, so die Forderung Schwabs, müssten die Herausforderungen der Zukunft auf globaler Ebene gemeinsam angehen und bewältigen. Im Zuge der Krise seien viele Bürger und Politiker bereit, Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben bzw. zu zentralisieren und damit vom lange sehr hochgehaltenen Subsidiaritätsprinzip ein Stück weit abzurücken. Dieses Prinzip werde auch in Deutschland heute etwas pragmatischer gehandhabt. Andreas Schwab betonte, dass angesichts der jüngsten Entwicklungen eine Weiterentwicklung





der EU notwendig sei, die sich zum einen an der Funktionalität der EU orientiert, zum anderen aber so gestaltet werden müsse, dass die demokratischen Grundvoraussetzungen bei allen Entscheidungen auf europäischer Ebene erfüllt seien. „Wir werden daher um eine Vertragsänderung nicht herum kommen“, so Andreas Schwab. Über die Finalität des Integrationsprojekts müsse eines Tages sicherlich auch in Deutschland im Rahmen eines Referendums abgestimmt werden. Dazu sei auch eine Änderung des Grundgesetzes notwendig. Die Diskussion über die Frage der Finalität der europäischen Integration müsse zunächst in einem gesamteuropäischen Kontext geführt werden. Diese Diskussion müsse transparent und an der Frage orientiert sein, wie die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunft mit Blick auf das Jahr 2100 sehen, „wenn Europa noch vier Prozent der Weltbevölkerung stellen wird“.

Die zunehmende Distanz zwischen politischer Entscheidungsebene und den Bürgern als Bedrohung des Integrationsprojekts

Alle drei Diskutanten waren sich einig, dass bei einer möglichen Weiterentwicklung der EU hin zu einer politischen Union die Distanz zwischen der politischen Entscheidungsebene und den Bürgerinnen und Bürgern verringert werden müsse. Emanuel Richter kritisierte, dass das Integrationsprojekt derzeit zu einem „intergouvernementalen, pragmatischen Problemlösen auf europäischer Ebene ohne direkte Einbeziehung der Bürger“ degradiert werde. „Das kann man natürlich so machen; um so zu funktionieren brauchen wir kein demokratisches Europa mit europäischer Bürgergesellschaft“, so Richter, der als





Alternative ein Europa der Bürger, die zunächst ein gemeinsames Problembewusstsein entwickeln müssten, anmahnte. Wohin dieser Ansatz letztlich führen würde, sei eine offene Frage.

Auch Thierry Chopin bemängelte, dass aufgrund der Dringlichkeit der zu regelnden Fragen im währungspolitischen und im wirtschaftspolitischen Bereich die Frage eines demokratischen und politischen Europas leicht an zweite Stelle rücke. Dies sei gefährlich, da dadurch die Distanz zwischen der europäischen Entscheidungsebene und den Bürgern wachse und die ablehnenden Haltungen der Bürger zunähmen. So müsse etwa die Übertragung von haushaltspolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene demokratisch absolut wasserdicht sein, da es hier um die Kernkompetenz der nationalen Parlamente gehe. Wenn das nicht gelinge, könne dies zu einer weiteren Stärkung von extremen Parteien in vielen EU-Mitgliedstaaten führen.

Die starke Konzentration von Krisenreaktionsentscheidungen auf die exekutive Ebene des Europäischen Rates berge das Risiko eines Legitimitätsdefizits („Vor wem verantworten sich die Staats- und Regierungschefs auf europäischer Ebene?“) und eines Defizits an Effektivität (langsame, komplizierte Entscheidungsfindung; Wechsel der Verhandlungspartner aufgrund innenpolitischer Veränderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten etc.). Angesichts des angesprochenen Legitimitätsdefizits unterstrich Andreas Schwab, dass eine schnelle Vertragsreform wünschenswert wäre. Viele Mitgliedstaaten seien dazu aber eher nicht bereit. Diese Einschätzung wurde auch von Thierry Chopin geteilt,





der betonte, dass insbesondere Frankreich noch unter dem negativen Eindruck des Referendums von 2005 stehe. Um das demokratische Element innerhalb der EU zu stärken verwies Andreas Schwab auf die Möglichkeit der Entstehung europäischer Parteien mit gemeinsamen Listen und Spitzenkandidaten.

Gemeinsames europäisches Problembewusstsein als Grundlage einer europäischen Identität

Was die Herausbildung eines stärkeren europäischen Bewusstseins oder gar einer europäischen Identität betrifft, die im Rahmen der Diskussion immer wieder angesprochen wurden, betonte Emanuel Richter, dass eine solche Identität sicherlich bereits in Teilen der jungen Generationen existiere und Europa dort positiv gesehen werde. Das derzeit noch vorherrschende Binnenmarktkonzept sei aber zu einseitig, weil es den Bürger nur als Konsumenten und als homo oeconomicus anspreche. Eine tatsächliche, von allen Bürgern geteilte europäische Identität könne so nicht entstehen. Einig waren sich die Diskutanten, dass der Weg hin zu einer politischen Vertiefung der EU nur über eine offene Diskussion, sowohl zwischen den Entscheidungsträgern auf politisch-administrativer Ebene, als auch auf der Ebene der Zivilgesellschaften, gehen kann.

Zudem, so eine weitere Schlussfolgerung, sollte die Distanz zwischen diesen beiden Ebenen deutlich verringert werden, um die Akzeptanz des europäischen Projekts nicht nachhaltig zu gefährden.





Arbeitsgruppe 1 : Politische Union: Reform der Unionsarchitektur

von Julian Plottka

Mit dem Vertrag von Lissabon fand 2009 ein achtjähriger Reformprozess seinen Abschluss, der die Union dazu befähigen sollte, die ihr gegenüber zunehmend skeptischer eingestellten Bürger/innen wieder für sich zu gewinnen. Die globale Finanzkrise mit der ihr folgenden wirtschafts-, haushalts- und finanzpolitischen Krise in Europa hat jedoch die Agenda umgeschrieben. Die Krise hat einerseits die noch bestehenden Defizite des Primärrechts, insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion offen gelegt. Andererseits hat sie zusammen mit einigen Neuerungen der letzten Vertragsreform zu einer Machtverschiebung in der EU zugunsten Deutschlands geführt. Diese geht einher mit einer Intergouvernementalisierung, die einen Verlust an Einfluss der beiden supranationalen Organe bedeutet. Nur vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon steht die Union damit erneut vor der Frage einer neuen Vertragsreform. Diese Frage nach der Reform der Unionsarchitektur auf dem Weg zu einer Politischen Union war Thema der von Mathias Jopp (Institut für Europäische Politik, Berlin) und Julian Plottka (Institut für Europäische Politik, Berlin) moderierten Arbeitsgruppe 1 des Deutsch-Französischen Dialogs.

Mit der Fokussierung auf die Reform der wirtschaftspolitischen Governance und die Rolle des Europäischen sowie der nationalen Parlamente – beiden Aspekten war





je ein Panel im Rahmen der Arbeitsgruppe gewidmet – wurden die Schwerpunkte der aktuellen Reformdiskussion aufgegriffen. Vor der Debatte über die Reformperspektiven des europäischen Primärrechts stellt sich aber auch die Frage nach dem Weg, der für die Reform beschritten werden soll. So befasste sich das erste Panel der Arbeitsgruppe mit der Frage, ob Europa bereit für einen neuen Konvent und eine große Vertragsreform ist oder ob Modelle der differenzierten Integration nicht eine pragmatische Alternative sind, die es erlauben würden, auch ohne zögerliche Mitgliedstaaten die europäische Integration fortzuentwickeln.

Differenzierte Integration als pragmatische Lösung in der Krise

Der eingangs gegebene Überblick über die gegenwärtige Praxis differenzierter Integration in der EU stellte sogleich das Paradigma der „EU-27“ bzw. der „EU-28“ infrage. In der Währungsunion, im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Grundrechtecharta finden sich bereits so viele Varianten differenzierter Integration, dass ihre Fortentwicklung nicht mehr als Paradigmenwechsel, sondern als bewährter Weg zu tieferer Integration betrachtet wurde. Entsprechend plädierten einige Teilnehmer dafür, die negative Konnotation des Begriffs zu überwinden und differenzierte Integration als Chance zu begreifen. Dies gelte insbesondere angesichts der Tatsache, dass eine neue Reform nicht mit allen (inzwischen) 28 Mitgliedstaaten zu machen sei.





Unbeantwortet blieb jedoch, wie mit der Verstärkung differenzierter Integration umgegangen werden sollte. Während im Falle des Schengener Abkommens das Modell einer Avantgarde, der immer mehr Mitgliedstaaten folgen, noch zu funktionieren scheint, ist für kommende Reformschritte weitaus unsicherer, ob auch sie eine vergleichbare Anziehungswirkung auf zögerliche Mitgliedstaaten entfalten werden. Während die Forderung nach einer neuen Vertragsreform weithin geteilt wurde, wurde die Bereitschaft der Unionsbürger, diese mitzutragen, ähnlich skeptisch eingeschätzt wie der Wille einiger Regierungen der Mitgliedstaaten, sie zu unterstützen.

Gerade die Erfahrungen mit dem Vertrag über eine Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden hätten gezeigt, dass sich die Bürger nicht einfach von Kampagnen überzeugen lassen, sondern partizipieren wollten und es notwendig sei, die Bürger von vornherein einzubinden und Lösungen zu finden, die sie mittragen. Voraussetzung dafür sei jedoch, den Bürgern die Komplexität der Union zu vermitteln. Eine Aufgabe, die durch weitere Formen differenzierter Integration nicht erleichtert werde.

Der deutsch-französische Reformmotor darf nicht „stottern“

Eines der derzeit drängendsten Probleme, für das auch die Bürger eine Lösung erwarten, ist die Lösung der wirtschafts-, haushalts- und finanzpolitischen Krise in Europa, die neben dem aktuellen Krisenmanagement auch eine Re-





form der wirtschaftspolitischen Governance bedingt. Die derzeitige Governance-Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion sei nicht für die Bewältigung von Krisen ausgelegt, obwohl viele der jetzt offensichtlich gewordenen Defizite bereits während der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht diskutiert worden seien. Eine Lösungsoption, die wieder diskutiert werde, obwohl sie lange als Tabu gegolten habe, ist die Schaffung einer Wirtschaftsregierung. Bei deren Ausgestaltung seien zwei Fragen zentral.

Erstens: Über welche Eingriffsrechte in die Politik der Mitgliedstaaten verfügt sie? Zweitens: Hat sie ein Weisungsrecht gegenüber der EZB? Im Krisenmanagement seien vom Europäischen Rat jedoch bereits Fakten geschaffen worden, was die Reform der wirtschaftspolitischen Governance betrifft: Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, das Europäische Semester, die Einrichtung der Eurogipfel mit einem Präsidenten, der Euro-Plus-Pakt und der Fiskalvertrag wurden hier thematisiert. Gerade die mit dem Fiskalvertrag vertraglich festgeschriebene finanzpolitische Solidität werde dabei im deutsch-französischen Tandem unterschiedlich bewertet. Zwar sei die Kritik des französischen Präsidenten am Fiskalvertrag zu einem guten Teil innenpolitisch motiviert gewesen, aber die Beispiele Irlands und Spaniens, die bis zum Beginn der Krise die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einhielten, zeigten, dass eine unsolide Haushaltspolitik nicht in allen Fällen Ursache der Krise ist. Aber auch auf deutscher Seite habe sich inzwischen die Einsicht durchgesetzt, dass die Krise allein durch Sparen nicht zu überwinden sei. Perspektivisch stelle sich hier die Frage nach der Schaffung eines Eurozo-





nenbudgets, um entsprechende wirtschaftspolitische Impulse setzen zu können. Die deutsch-französischen Differenzen seit der letzten Präsidentschaftswahl hätten dabei einmal mehr die Bedeutung des deutsch-französischen Tandems als Reformmotor in der EU unterstrichen, ohne den keine Reform zu schaffen sei. Gerade mit Blick auf die Idee zur Schaffung einer fiskalischen Kapazität, erinnerten einige Teilnehmer daran, dass eine Debatte über Strukturen allein die Bürger nicht überzeuge. Um diese für eine Reform zu gewinnen, müsse Europa Ergebnisse liefern. Dies gelte insbesondere in der Krise, von der viele Bürger persönlich betroffen seien.

Die Kooperation zwischen den Parlamenten in der Europapolitik stärken

Wie eine Rückkopplung des Handelns in der Krise und der europäischen Wirtschaftspolitik an die Unionsbürger durch das Europäische und die nationalen Parlamente erreicht werden kann, war Thema des dritten Panels. Zuerst wurde eine aktuelle Studie zur Kontrolle der Treffen des Europäischen Rates und der Euro-Gipfel durch die nationalen Parlamente und deren Fachausschüsse vorgestellt, die ein europapolitisches Aufwachen der nationalen Parlamente in der Europapolitik konstatiert. Während der Deutsche Bundestag als „policy maker“ versuche, im Plenum und in den Ausschüssen das Handeln der Bundesregierung vor den Treffen der Staats- und Regierungschefs zu beeinflussen, sei die Kontrolle durch die Assemblée Nationale vor und nach den Tagungen primär Aufgabe der Fachausschüsse. Das Erwachen des Deutschen Bundestages habe sich beispielsweise jüngst an der von der Opposition durch das Bundesverfas-





sungsgericht erreichten Stärkung der Informationsrechte des Parlaments beim Fiskalvertrag gezeigt. Als eine weitere Option zur Anpassung an die aktuellen Herausforderungen der Europapolitik werde die Schaffung eines Sonderausschusses zur Krise diskutiert. Ob sich der parlamentarische Einfluss auf die Politik in der Krise so stärken ließe, sei jedoch innerhalb des Bundestages umstritten. Die in Art. 13 des Fiskalvertrags vorgesehene parlamentarische Konferenz gab zudem Anlass zu diskutieren, ob eine Konferenz der europäischen Parlamente ihre Rolle in der europäischen Politik stärken könne. Mit Blick auf eine europäische Sozialisierung der Abgeordneten, eine Vernetzung der Parlamente sowie den Informationsaustausch wurde dies bejaht, eine Entscheidungskompetenz solle ein solches Organ unabhängig von seiner Zusammensetzung aber nicht erhalten. Anlass zur Kritik bot die Tatsache, dass es im Fiskalvertrag versäumt wurde, die Ausgestaltung dieser Konferenz zu konkretisieren.

Durch die Schaffung eines Unterausschusses zur Krise in der Eurozone werde das Europäische Parlament versuchen, seine Handlungsfähigkeit zu stärken. Zwar sollen die Führungspositionen in diesem Ausschuss Abgeordneten aus der Eurozone vorbehalten sein, die Bildung eines separaten Eurozonenausschusses als eine Art Eurozonenparlament werde jedoch abgelehnt. Diese Frage nach der Integrität des Europäischen Parlaments sei erst im Falle der Schaffung eines Eurozonenbudgets ernsthaft zu diskutieren. Dabei führe die gestärkte Rolle der nationalen Parlamente aber nicht zu einer Konkurrenz zwischen den Abgeordneten der unterschiedlichen Ebenen, vielmehr sollte sich eine Arbeitsteilung etablieren. Während die nationalen Parla-





mente ihre Kontrollfunktion mit Blick auf die Europapolitik der nationalen Regierungen ausübten, sollte das Europäische Parlament die Arbeit der Europäischen Kommission kontrollieren. Diese Arbeitsteilung funktioniere aufgrund der Intergouvernementalisierung der Krisenpolitik nur bedingt, da die supranationalen Organe der EU hier eine untergeordnete Rolle spielten. Dieser Entwicklung müsse durch die Integration des Fiskalvertrags in das europäische Primärrecht bis spätestens 2020 Einhalt geboten werden. Die Reform der EU durch internationale Verträge außerhalb des Primärrechts sei eine funktionierende Notlösung, die aber nur in einer Ausnahmesituation und nicht auf Dauer legitim sei.





Arbeitsgruppe 2: Welches Sozialmodell für Europa?

von Daniel Horst

Über 26 Millionen Menschen ohne Job, fast sechs Millionen Jugendliche ohne berufliche Perspektive, kaum wirtschaftliches Wachstum in den Mitgliedstaaten der EU: Schwelende soziale Spannungen und ein steigender Euroskeptizismus sind nur einige beobachtbare Folgen dieser Situation. Spätestens mit dem Ausbruch und der Fortdauer der Eurokrise, wird der Ruf nach einem sozialen Europa immer lauter. Nur wirklich präzise ist er bisher nicht. Abseits von Ad-hoc-Maßnahmen, werden die entscheidenden Fragen – z.B. nach einer stärkeren Harmonisierung klassischer nationalstaatlicher Kompetenzen der Sozialpolitik - meist ausgespart. In der Arbeitsgruppe 2 wurden diese Fragen intensiv diskutiert.

Forderung nach einer stärkeren Betonung der bestehenden sozialpolitischen Maßnahmen auf europäischer Ebene

Andrej Stuchlik (Bertelsmann Stiftung, Brüssel) warnte gleich zu Anfang vor überhöhten Erwartungen an eine gemeinsame europäische Sozialpolitik. Seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses seien die Nationalstaaten die entscheidenden Akteure auf diesem Gebiet. Ein Zustand, an dem sich bis heute nur wenig geändert habe. Bei der Genese der europäischen Einigung spielten sozialpolitische Aspekte nur eine nachgeordnete Rolle. Getroffene sozialregulatorische Maßnahmen unterlagen fast ausschließlich einer Wachstumsorientierung und dienten dem Erhalt der individuellen Arbeitskraft im Binnenmarkt.





Neben der angebrachten Bescheidenheit, riet Stuchlik der EU zu einer verstärkten Sichtbarmachung der bestehenden sozialpolitischen Maßnahmen. Die Arbeit an einem einheitlichen europäischen Rentenversicherungsausweis als erstem Schritt hin zu einer europäischen Sozialversicherung nannte er als ein Beispiel. Das grundlegende Problem bei der Frage nach einem gemeinsamen europäischen Sozialmodell besteht laut Prof. Martin Seidel (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn) in einem fehlenden europäischen Gemeinwesen. Der „Solidaritätsraum“ werde von den Bürgern und Entscheidungsträgern bisher höchstens national aber nicht als europäisch angesehen. Hartmut Marhold (Centre international de formation européenne, Nizza/Berlin) warf die Frage nach der politischen Steuerbarkeit bei der Schaffung dieser Solidaritätsräume auf und mahnte an, die Nuancen gegenseitiger Solidarität zu betrachten. So sei die Solidarität auch in den einzelnen Mitgliedstaaten keinesfalls zu 100 Prozent ausgeprägt (vgl. die Diskussionen hinsichtlich des Länderfinanzausgleichs in Deutschland).

Ebenso wenig könne man von einer nicht vorhandenen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der EU sprechen. Henrik Uterwedde (Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg) hob in diesem Zusammenhang die entscheidende Bedeutung des Vertrauens für eine gegenseitige Solidarität hervor. Für Michael Matern (Europäische Akademie Otzenhausen) sind die Staaten der Eurozone aufgrund der gegebenen gegenseitigen Abhängigkeit der Kern eines zu schaffenden europäischen Solidaritätsraums.





Von der britischen Sicht der Dinge

John Stevens (Taube-Hodson-Stonex-Partners LLP, London) verdeutlichte die Sichtweise der Briten gegenüber sozialpolitischen Bestrebungen als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents. Um in Zukunft weiterhin Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen, müsse der Vollendung des Binnenmarktes Priorität eingeräumt werden. Rationalisierung und Regionalisierung seien dabei die zu verfolgenden Prämissen. Nur durch eine Verminderung der Abhängigkeit von Exporten in Drittländer und einen Abbau der Staatsquoten sei der Erhalt eines - wie auch immer gearteten - europäischen Sozialmodells möglich. Es gelte bestehende Hindernisse bei der Freizügigkeit von Arbeitskräften abzubauen. In der Folge könnten dringend benötigte Arbeitskräfte in den nördlichen Staaten durch arbeitssuchende Südeuropäer besetzt werden. Im Gegenzug könnten die Südstaaten verstärkt als Erholungs- und Alterssitz für die Senioren des Nordens fungieren.

Für Andrej Stuchlik verfestigt eine derartige Arbeitsteilung, nach Vorbild der USA, hingegen nur die bereits bestehenden Unterschiede und führe zu einem weiteren Auseinanderdriften der europäischen Gesellschaften in eine südliche Peripherie und einen wirtschaftlich starken Norden.





Die Erfahrungen eines polnischen Botschafters in Chile

Anhand seiner Erfahrungen in Polen und Chile berichtete Ryszard Piasecki (Botschafter Polens in Chile a.D.) von den Ursachen und Folgen einer wachsenden sozialen Ungleichheit. In Folge des Washington Consensus seien Privatisierung und strenge Begrenzung sozialer Ausgaben als Königswege gesellschaftlicher Entwicklung verstanden worden. Chile als Musterland des Neoliberalismus habe sich danach jedoch noch stärker hin zu einer Klassengesellschaft entwickelt. Die mit der Liberalisierung der Wirtschaft einhergehenden Privatisierungen hätten das Land, ähnlich wie Polen, sehr wohl nach vorne gebracht, gleichzeitig aber zu einer wachsenden sozialen Ungleichheit geführt. Dauerhaft sei eine gewisse soziale Balance für den Bestand einer Gesellschaft zentral. Dies gelte es nun auch auf der europäischen Ebene zu beachten und zu schützen. Hierfür seien starke Institutionen und verbindliche Regeln notwendig.

Welche konkreten Maßnahmen könnten auf europäischer Ebene ergriffen werden?

Sofia Fernandes (Notre Europe, Paris) verwies auf einige politische Fortschritte, wie beispielsweise die kommende „Bankenunion“, die vor der Krise undenkbar gewesen wären. Woran es jedoch mangle, sei eine neue europäische Erzählung vergleichbar jener der Friedenssicherung zu Beginn des Integrationsprozesses. Diese sei wesentlich, um vor allem jungen Menschen ein neues, attraktives Bild von Europa zu vermitteln. Dabei bedürfe es einer offenen Diskussion über jene





Werte, die wir für unsere europäische Lebensart als zentral ansehen und die wir auch in Zukunft bewahren wollen. Solidarität und Verantwortung sollten dabei derartig miteinander einhergehen, dass die EU-Staaten sich zu grundlegenden Strukturmaßnahmen verpflichten, diese aber selbstständig und auf ihre Weise realisieren können. Diese langfristigen Schritte sollten von der europäischen Ebene mit kurzfristigen sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden. Es sei nun dringend geboten, ein Signal an die Bürger zu senden.

Als mögliche Maßnahmen nannte Sofia Fernandes Mobilitätserleichterungen (Möglichkeit der Rentenübertragung etc.), landesspezifische Standards für Mindestlöhne und eine langfristige Schaffung eines gemeinsamen Fonds zur Arbeitslosenversicherung. Grundsätzlich bedürfe es bei der Gestaltung eines gemeinsamen Europas der stärkeren Einbindung der Sozialpartner sowie regelmäßiger Treffen der Arbeits- und Sozialminister der Mitgliedsstaaten (bisher nur zwei Treffen pro Jahr). Die gegenwärtige Krise der EU bietet sowohl die Gelegenheit als auch die Notwendigkeit für eine verstärkte und sichtbare europäische Sozialpolitik. Dabei stehen die europapolitischen Entscheidungsträger nun einerseits vor der Aufgabe, Antworten auf die aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen zu finden, gleichzeitig bedarf es eines neuen Leitbildes des Europas der Zukunft.

Nur mit einer neuen Erzählung abseits von Rettungspaketen und Sparmaßnahmen, so eine Schlussfolgerung der Diskussion, können auch jüngere Generationen für die europäische Idee begeistert und gewonnen werden.





Arbeitsgruppe 3: Regionale Identität, Bildung und Öffentlichkeit in der EU

von Astrid Cogneau und Georg Walter

Die von Frank Baasner (Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg) und Stéphanie Bruel (Europäische Akademie Otzenhausen) moderierte Arbeitsgruppe behandelte drei große Themenblöcke: Das Erstarken nationalistischer, rechtspopulistischer Parteien in Europa als Gefährdung der europäischen Demokratie; die Frage nach den Möglichkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit und die Möglichkeiten der Schaffung eines europäischen Bildungsraums.

Die Erfolge rechtspopulistischer, nationalistischer Parteien als Gefährdung der EU

Im Zuge der Diskussionen wurde deutlich, dass die jüngsten Erfolge rechtspopulistischer Parteien bei nationalen Wahlen in vielen EU-Mitgliedstaaten nicht nur mit den Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun haben, sondern vielmehr auf eine Identitätskrise zurückzuführen sind, deren Wurzeln tiefer liegen. Viele Bürger haben offenkundig das Gefühl, dass ein stetiger Werteverfall stattfindet, der mit einem Verlust der nationalen Identität und einer moralischen und politischen Krise einhergeht, die auch die politischen Eliten erfasst hat. Die rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien stellen eine Gefährdung des europäischen Integrationsprojekts dar, da ihr politischer





Diskurs den europäischen Werten diametral gegenübersteht. Sie geben vor, konkrete und einfache Antworten auf komplexe Fragen geben zu können, auf die die politischen Entscheidungsträger auf europäischer Ebene und in den EU-Mitgliedstaaten ihrerseits keine klaren Antworten wissen. Dabei geht es um Kernfragen, wie diejenige nach den geografischen Grenzen der EU oder eben nach der Finalität des europäischen Projekts.

Das Erstarren der genannten politischen Bewegungen stellt für die EU eine große Herausforderung dar und verlangt nach politischen Antworten, die den Bürgern eine attraktive Alternative aufzeigen. Diese Forderung erscheint umso dringlicher, da sich die rechtspopulistischen, nationalistischen Parteien explizit gegen die von ihnen als Elitenprojekt betrachtete EU richten und kritisieren, dass die Bevölkerung hier in die politischen Entscheidungsprozesse nicht einbezogen werde.

Die Notwendigkeit der Schaffung eines europäischen Bewusstseins und einer europäischen Öffentlichkeit

Jüngste Umfragen des Eurobarometers machen deutlich, dass sich bis zu 75 Prozent der Befragten politisch schlecht über die EU informiert fühlen. Die Informationspolitik der EU wird als zu einseitig und undifferenziert sowie als zu abgehoben und zu wenig kritisch wahrgenommen. Auch die Rolle der Medien kann in diesem Zusammenhang kritisch gesehen werden: Noch immer ist der Bezugsrahmen der Berichterstattung in erster Linie ein nationaler Bezugsrahmen; zudem





wird die Berichterstattung über die politischen Vorgänge in den europäischen Institutionen allzu oft als wenig quotenträchtig und daher eher uninteressant betrachtet. Die Medien sollten aber, so eine Forderung im Rahmen der Diskussion, bei der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit und eines europäischen politischen Bewusstseins möglichst vieler Bürger eine Schlüsselrolle spielen. Im Zuge der Diskussion wurde jedoch auch sehr deutlich, dass es in Folge der Krise des Euroraums bereits zu einer stärkeren Annäherung an ein gesamteuropäisches Problembewusstsein gekommen ist.

Ein Indikator dafür ist das deutlich gestiegene Interesse der Bürger für die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den anderen EU-Mitgliedstaaten. Diesen positiven Trend könnte die EU etwa mit Blick auf die Europawahlen im Jahr 2014 nutzen, um auch das Interesse für die politischen Abläufe auf europäischer Ebene und das allgemeine Bewusstsein für die mit der gemeinsamen Problembearbeitung verbundenen Chancen deutlich zu stärken. Über die Schaffung einer europäisch orientierten politischen Öffentlichkeit könnte schließlich jenen nationalistischen Kräften, die an einem Rückbau oder an der Zerschlagung der EU interessiert sind, der Wind aus den Segeln genommen werden. Um auf dem Wege hin zu einer solchen europäischen Öffentlichkeit voranzukommen, ist neben politischen Initiativen vor allem auch ein großes Engagement der europäischen Zivilgesellschaften notwendig. Im Rahmen des Deutsch-Französischen Dialogs wurden daher zahlreiche konkrete Projekte vorgestellt, die auf eine Vernetzung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern und auf die Stärkung einer gemeinsamen Identität abzielen.

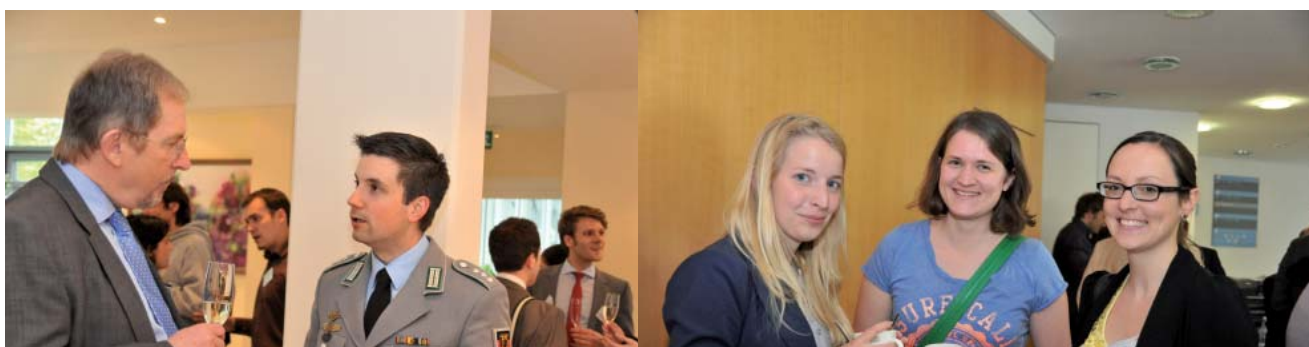




Genannt sei an dieser Stelle das von Martin Bach (Allianz Kulturstiftung, Berlin) vorgestellte Projekt des Europäischen Freiwilligendienstes, der sich an eine sehr breite Zielgruppe richtet und möglichst alle Bereiche der Gesellschaft einbezieht.

Auf dem steinigen Weg zu einem europäischen Bildungsraum

Wie schwierig und ambitioniert es ist, einen europäischen Bildungsraum zu konzipieren und zu schaffen, wurde auch im Zuge der Debatten in den Arbeitsgruppen deutlich. Als Expertin wirkte im Rahmen der Arbeitsgruppe 3 Doris Pack (MdEP der EVP-Fraktion) mit, die den Teilnehmern zunächst einen sehr informativen und breiten Überblick über die zahlreichen von der EU initiierten und finanzierten Programme im Bildungs- und Ausbildungsbereich gab. Genannt seien hier die drei Programme Erasmus, Leonardo da Vinci und Comenius, die demnächst unter der Bezeichnung Erasmus+ zusammengeführt werden sollen. Trotz dieser Erfolgsgeschichten bleibt der Bildungsbereich nach wie vor ein Politikfeld, das fest in der Hand der Mitgliedstaaten, in Deutschland gar der Bundesländer, verbleibt und von diesen verteidigt wird. Die EU verfügt hier nur über geringe Kompetenzen. Um die nationalen Grenzen, insbesondere die Sprachbarrieren, in diesem wichtigen Bereich zu überwinden und damit einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit zu leisten, sind neben den EU-Initiativen sicherlich auch bilaterale und multilaterale Projekte notwendig. Einige positive Beispiele wie etwa die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für junge Menschen aus anderen europäischen Staaten oder (im deutsch-französischen Rahmen) die Einsätze des Deutschmobil und des





Francemobil zeigen, dass sich das Engagement an dieser Stelle lohnt. Was den Schulunterricht betrifft, zeigen die Erfahrungen mit dem „Deutsch-Französischen Geschichtsbuch“, dass trotz des guten Willens der Beteiligten noch viele Hürden zu überwinden sind. Außerhalb der spezifisch deutsch-französischen Kontexte, etwa der AbiBac-Klassen, wird dieses auf Multiperspektivität basierende binationale Lehrbuch fast nicht verwendet. Gerade eine Abkehr von rein national geprägten Sichtweisen bei der Vermittlung von Wissen ist aber eine Grundvoraussetzung für die Entstehung nicht nur eines europäischen Bildungsraums, sondern auch einer demokratischen, europäischen Öffentlichkeit.





Arbeitsgruppe 4: Wie sollte der Europäische Konvent 2014-2020 ausgestaltet werden?

von Georg Walter

Ein ganz konkreter Beitrag zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit leistete der 15. Deutsch-Französische Dialog nicht zuletzt mit der von Citizens for Europe e.V. konzipierten und moderierten Arbeitsgruppe, die sich mit der möglichen Ausgestaltung eines europäischen Bürgerkonvents 2014-2020 beschäftigte. Dabei kamen neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor allem zahlreiche Vertreter von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten zusammen, die sich allesamt die Stärkung der Bürgerbeteiligung und eine stärkere Demokratisierung der EU auf die Fahnen geschrieben haben.

Mit Hilfe partizipativer und interaktiver Arbeitsmethoden wurde eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die bei weiteren Treffen im Laufe dieses Jahres weiter vertieft und konkretisiert werden sollen. An den Diskussionen der ersten Ergebnisse nahm auch Jo Leinen (MdEP der SPE-Fraktion und Präsident der Europäischen Bewegung International, Brüssel) teil.

Die von Martin Wilhelm (Citizens for Europe e.V., Berlin) während des Deutsch-Französischen Dialogs vorgestellte Grundüberlegung besteht darin, den europäischen Bürgern die Möglichkeit zu geben, an politischen Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene aktiv mitzuwirken. Ein klassischer Konvent, wie ihn Artikel 48 des Lissabon-Vertrags vorsieht, würde, so die Einschätzung von Martin





Wilhelm, ohne Beteiligung der Bürger zu einer Schwächung des EU-Parlaments und der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten führen. „Es wäre eine top-down-Veranstaltung, keine bottom-up-Veranstaltung“. Ein offener Konventsprozess würde hingegen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer verstärkten Intergouvernementalisierung führen, sondern würde die EU dem Modell eines bereits im Rahmen des Eröffnungspodiums diskutierten „Europa der Bürger“ näher bringen.

Der Verfassungsgebungsprozess in Island als mögliches Vorbild für die EU

Als mögliches Vorbild für die Ausgestaltung eines europäischen Bürgerkonvents wurde im Rahmen der Arbeitsgruppe der Prozess der aktuelle Verfassungsgebungsprozess in Island vorgestellt und diskutiert. Als Referenten wirkten Ragnar F. Ólafsson (InDefence, Reykjavík) und Prof. Stefanía Óskarsdóttir (University of Iceland) mit, die auf die mit diesem Prozess verbundenen Herausforderungen und positiven Effekte eingingen.

Mit dem auf breite Bürgerbeteiligung angelegten Verfassungsgebungsprozess in Island, so eine Schlussfolgerung der Diskussionen, ging ein politischer Bildungsprozess innerhalb der Bevölkerung und eine nachhaltige Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger auch für politische Detailfragen einher. Als besonders wichtig erschien den Teilnehmern in diesem Zusammenhang, dass die





Ergebnisse eines Europäischen Bürgerkonvents rechtlich bindend sein müssen. Nur eine tatsächliche Einbeziehung der Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse und eben auch in die Ausarbeitung eines neuen EU-Vertrags, könne die entstandene Kluft zwischen der politischen Entscheidungsebene und den europäischen Zivilgesellschaften nachhaltig verringern.





Schlussbemerkung

von Georg Walter

Neben der Forderung nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, die sich wie ein roter Faden durch die Debatten des 15. Deutsch-Französischen Dialogs gezogen hat, wurde auch die Notwendigkeit der Aufklärung und der Information der Bürger seitens der politisch Verantwortlichen immer wieder als ganz wesentlicher Punkt genannt. Nur eine gut informierte Bürgergesellschaft, so ein wichtiges Fazit der Veranstaltung, ist in der Lage, die komplexen Vorgänge auf europäischer und auf nationaler Ebene nachzuvollziehen und kritisch-konstruktiv zu begleiten. Für die Politik besteht dabei die Herausforderung darin, den Bürgern die Notwendigkeit der Maßnahmen auf europäischer Ebene und damit letztlich die politische und historische Notwendigkeit des europäischen Integrationsprojekts immer wieder zu erklären und damit auch sich selbst kritisch zu hinterfragen.

Schließlich, so eine Botschaft dieses Dialogs, handelt es sich bei der EU nach wie vor um ein historisches Friedensprojekt. Um dieses Projekt nicht zu gefährden, sollten die politischen Eliten und die Bürgergesellschaften künftig stärker an einem Strang ziehen.

Mit dem 15. Deutsch-Französischen haben die Europäische Akademie Otzenhausen, die ASKO EUROPA-STIFTUNG und alle an dem Projekt beteiligten Partner, einen Beitrag zu diesem Anliegen geleistet.



Impressum

Herausgeber:
ASKO EUROPA-STIFTUNG und Europäische Akademie Otzenhausen

Verantwortlich: Stefan Mörsdorf

Konzept und Redaktion: Georg Walter

Gestaltung und Satz: Christina Weiland

Beiträge von:
Astrid Cogneau, Daniel Horst, Julian Plottka, Georg Walter

Copyright: ASKO EUROPA-STIFTUNG

Kontakt

ASKO EUROPA-STIFTUNG
Pestelstraße 2
66119 Saarbrücken

Europäische Akademie Otzenhausen
Europahausstraße 35
66620 Nonnweiler-Otzenhausen

Denise Caste-Kersten
Tel.: +49 (0) 681 92674-15
Fax: +49 (0) 681 92674-99
dfd@asko-europa-stiftung.de
www.asko-europa-stiftung.de

Georg Walter
Tel.: +49 (0) 6873 662-268
Fax: +49 (0) 6873 662-150
info@eao-otzenhausen.de
www.eao-otzenhausen.de

Veranstalter

Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH



Mitveranstalter

ASKO EUROPA-STIFTUNG



In Kooperation mit

Centre international de formation européenne,
Nizza/Berlin



Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg



Fondation Charles Léopold Mayer pour le
Progrès de l'Homme, Paris



Institut für Europäische Politik, Berlin



Citizens for Europe e.V., Berlin



Frankreichzentrum der Universität des Saar-
landes, Saarbrücken



Mit der Unterstützung von

Saarland-Sporttoto GmbH



Peugeot Deutschland GmbH



Gefördert durch:



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



FRANKREICH-JAHR